



Steinbruch am Langenberg bei Uhrde.

FOTO: URSULA SCHÄFER

„Ich spüre da eine extreme Betroffenheit“

Naturschützerin Ursula Schäfer spricht über den jahrzehntelangen Kampf um den Erhalt der Südharzer Gipskarstlandschaft.

Von Martin Baumgartner

Frau Schäfer, Sie sind Naturwissenschaftlerin und arbeiten hauptberuflich für den Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND). Ihr Fachgebiet ist die Gipskarstlandschaft im Südharz. Was sind Ihre Aufgaben?

Ich bin Diplom-Biologin und arbeite als Gipskarstexpertin beim BUND Thüringen. Ich bin zuständig für die drei Bundesländer, über die sich der Gipskarstgürtel erstreckt. Neben Thüringen sind das Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Meine Aufgabe ist es, Aktivitäten zu diesem Thema zu koordinieren und beispielsweise Gutachten in Auftrag zu geben, welche Alternativen es zum Abbau gibt. Das Ziel ist es, soviel wie möglich von dieser einmaligen Landschaft zu erhalten.

Sie engagieren sich persönlich schon seit Jahrzehnten als Naturschützerin für den Erhalt der Südharzer Gipskarstlandschaft. Wie sind Sie dazu gekommen?

Ich habe Anfang der 1990er Jahre Umweltbildung im noch in der Entstehung begriffenen Nationalpark Harz gemacht. Für die Natur-Freunde Göttingen habe ich auch Exkursionen im Landkreis Osterode veranstaltet. Ich habe so die Gipskarstlandschaft im Südharz kennen- und lieben gelernt. Damals ging die Auseinandersetzung um den Gipsabbau bei Osterode, vor allem um den Lichtenstein. Es waren viele Leute im Protest gegen die Pläne der Gipsindustrie aktiv. Zusammen haben wir am Lichtenstein die Abbaufelder 4 und 5 vor dem Abbau gerettet. Bei den Abbaufeldern 1 bis 3 waren wir leider erfolglos. Da wird aktuell der größte Schluchtwald auf Gips in Niedersachsen zu Gipsplatten und -putzen verarbeitet.

Was sind Ziele des BUND in der aktuellen Auseinandersetzung um das Niedersächsische Landesraumordnungsprogramm?

Der BUND möchte, dass der von Ministerpräsident Weil noch 2019 bestätigte „Gipsfrieden“ von allen Beteiligten eingehalten wird. Damit sind die Grenzen und Festlegungen des alten Landesraumordnungsprogrammes gemeint. Es darf nicht schon wieder eine Ausweitung von Abbaufeldern im Südharz geben, wo gute Alternativen nur noch auf Umsetzung warten. Der Gipsfrieden war bereits ein bitterer Kom-

promiss, da die Belastbarkeit für den Gipskarst im Südharz längst überschritten ist. In dieser international als einmalig anerkannten Karstlandschaft gibt es einfach keinen umweltverträglichen Abbau. Abbau in intakten Laubwäldern und auf artenreichem Grünland im Gipskarst heißt: irreparable Zerstörung. Und auch der aktuelle Gipsfrieden bedeutet fortschreitender Abbau und immer weniger Karstlandschaft, da ja bereits große Vorrangflächen für den Abbau festgehalten wurden.

„Im Harz sterben großflächig die Fichten ab, überall gibt es Initiativen, die Wälder wieder aufzuforsten. Aber im Südharz werden intakte Laubwälder für den Gipsabbau zerstört. Das ist so widersinnig.“

Ursula Schäfer, BUND-Expertin

Der BUND fordert eine Umstellung der Gipsproduktion?

Die Zeit, in der die Abbaufirmen noch Rohstoffvorräte haben, muss unbedingt genutzt werden, um aus dem Naturgipsabbau auszusteigen. Das BUND-Gutachten zeigt, dass bis 2045 eine Umstellung auf Alternativen machbar ist. Wir müssen aber jetzt anfangen. Umweltminister Lies hat einen Runden Tisch mit Naturschützern und Gipsindustrie angeregt. Das muss zügig umgesetzt werden. Wir müssen über einen Kreislauf bei Gips und Bauen sprechen und über die Naturgipsalternativen, von denen bereits viele etabliert sind. Das Landesraumordnungsprogramm mit den neuen Vorranggebieten für Gipsabbau darf nicht verabschiedet und damit neue Tatsachen geschaffen werden.

Die Gipsindustrie sagt, ohne weitere Abbaufelder sei der Fortbestand der Unternehmen im Südharz gefährdet.

Die Gipsindustrie gräbt sich mit ihrer aktuellen Wirtschaftsweise im Südharz selbst den Rohstoff und die Arbeitsplätze ab. Immer neuer Naturgipsabbau für Gipsprodukte, die

nach Gebrauch fast alle auf der Müllhalde landen – das ist eine Einbahnstraße. Dabei mahnt die EU Kreislaufwirtschaft an, auch bei Baustoffen. Nur so können Rohstoffe, Landschaft und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Der größte Teil des Naturgipses aus dem Südharz geht ja in Baustoffe. Das meiste davon kann durch gipsfreie Stoffe oder Recyclinggips ersetzt werden. Vier Millionen Tonnen Gips gehen jedes Jahr in deutsche Bauplatten, das kann man komplett ersetzen. Es wird von der Gipsindustrie immer auf dem Begriff „Spezialgips“ herumgeritten, um neue Abbauvorhaben bewilligt zu bekommen und gern auf medizinische Produkte hingewiesen, die daraus hergestellt werden. Aber Spezialgipse machen den geringsten Anteil am Gipsbedarf aus und viele Spezialgipse sind – wie die Baugipse – auch recycelbar oder auch gipsfrei ersetzbar. Warum wird die Politik nicht in diese Richtung tätig? Zwei Millionen Tonnen Gips werden pro Jahr exportiert, obwohl es ja angeblich so ein wertvoller und unersetzlicher Rohstoff für Deutschland ist. Uns geht es – wie der EU oder auch dem Sachverständigenrat für Umweltfragen, dem Beratungsgremium der Bundesregierung – um eine grundlegende Änderung des Systems, eine Änderung der Gipsproduktionsherstellung, basierend auf Recycling, Sekundärgipsen und dem Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen. Wir müssen hin zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft.

Von der Industrie wird auch das Argument der Arbeitsplätze in den



Ursula Schäfer am Blossenberg.

FOTO: PRIVAT

Betrieben vorgetragen. Sie meinen aber, als intakte Naturlandschaft ist der Südharz wirtschaftlich viel wertvoller?

Das Harzvorland wäre mit einer intakten Gipskarstlandschaft eine hochattraktive Urlaubsregion! Wir haben aber durch den großindustriellen Gipsabbau mittlerweile schon starke Schäden an Natur und sogar am Landschaftsbild. Das Stadtdorf Uhrde lag vor 20 Jahren noch in idyllischer Lage. Aber wer möchte denn heute dort zwischen den Steinbrüchen von Rump und Salzmann, Saint Gobain, Rigips und VG Orth Urlaub machen? 50 bis 70 weitere Jahre Gipsabbau wären für die Landschaft, die Menschen, die Tourismusregion ein Desaster. Dann gibt es keine Arbeitsplätze mehr im Gipsabbau, aber auch nicht im Tourismus im Karst. Dabei leben schon jetzt viele Landwirte im Altkreis Osterode nur mit Zuverdienst im ländlichen Beherbergungstourismus, mit Reiterhof oder Direktvermarktung. Und wir brauchen funktionierende Landwirtschaft, um die wertvollen Offenlandschaften zu pflegen. Übrigens gibt es Gips auch in Süddeutschland, aber da wird er oft untertätig abgebaut, weil er tiefer im Untergrund liegt. Beim Gipsabbau im Südharz geht es bis heute nur um die Frage, wo es den Gips am billigsten gibt. Und das ist nun mal im Tagebau – im Südharz ist das aber genau da, wo die wertvollste Natur- und Urlaubslandschaft ist.

Sie sagen, es ist nicht die besondere Gipsqualität hier, Stichwort Spezialgips, weshalb die Lager-

stätten den Unternehmen so wichtig sind – es ist einfach sehr billig, den Gips hier abzubauen?

Natürlich gibt es im Südharz auch hohe Gips-Qualitäten. Aber REA-Gips (aus den Rückständen von Rauchgasentschwefelungsanlagen, *Anm. d.Red.*) ist tatsächlich viel reiner als Naturgips – trotzdem wurde weiter Naturgips im Südharz abgebaut, obwohl REA-Gips bisher im Überschuss vorlag. Zum einen hängt das damit zusammen, dass REA-Gips nicht im Südharz anfällt, viele Gipswerke aber schon vorher dort lagen. Zum anderen waren Firmen nicht bereit, auf REA-Gipse umzustellen. Aber der Südharzer Gips ist vor allem auch sehr billig, jedenfalls da, wo er an der Oberfläche liegt. Flächen mit Dolomitüberdeckungen sind lange nicht genutzt worden, weil es zu teuer ist, den stabilen Dolomit vorher abzuräumen. Fataler Weise wurde in den vergangenen Jahren dann aber dazu übergegangen, auch den Dolomit zu verkaufen und danach den darunter liegenden Gips, zum Beispiel bei Uhrde. So verschwindet weitere wertvolle Landschaft: Über 30 Hektar artenreiches Grünland wird direkt im Anschluss an den Abbau Kreuzstiege zerstört. Und so herausragend ist die Gipsqualität auch gar nicht überall.

Ist sie nicht?

REA-Gips hat eine Reinheit von nahezu 100 Prozent, Naturgips gilt schon als rein, wenn er unter 20 Prozent Verunreinigungen durch das Erdreich hat. Teilweise wird REA-Gips im Südharz beigemischt, um die nötige Qualität als Baustoff zu erreichen. Und was das Geld angeht: Gerade bei dem sogenannten Spezialgips werden enorme Gewinnmargen erzielt. Spezialgips-Hersteller könnten verschiedene Ersatzstoffe verwenden: Recyclinggipse oder Gipse aus der Milch- und Zitronensäureherstellung, aber auch REA-Gips für Gipsformen. Auch wenn der Preis für Ersatzstoffe etwas höher wäre, würde sich das bei so hochpreisigen Endprodukten immer noch lohnen. Wir müssen endlich mal über Geld reden, denn darum geht es im Hintergrund. Die wirklichen Kosten müssen auf den Tisch. Keine der Firmen im Südharz arbeitet annähernd nachhaltig. Aber gerade Spezialgipsfirmen verschwenden den wertvollen Naturgips: Statt am Lichtenstein Naturgips in billigste Rigips-Platten und

-putze zu verarbeiten, die beide auch Gips frei hergestellt werden können, sollten die Naturgips-Reserven im Südharz doch den wenigen Spezialgips-Anwendungen vorbehalten werden, die aktuell vielleicht noch nicht mit Recycling- oder Chemiegipsen hergestellt werden können. Außerdem sind Saint Gobain, Casea/Remondis, Knauf, die Hauptakteure im Südharz, internationale Unternehmen, die ihre Rohstoffvorräte für mehr als 30 Jahre gesichert haben – und das nicht nur in Deutschland oder der EU, sondern weltweit! Am Rande bemerkt: Diese Firmen beschäftigen sich ja längst mit alternativen Materialien und Recycling, es funktioniert nämlich wirklich. Remondis produziert zum Beispiel Lehmplatten und betreibt ein eigenes Gipsrecyclingwerk im Saarland. Und Knauf hat in Belgien ein Putzwerk, das ausschließlich Phosphorgips verarbeitet. Aber bei uns tun sie so, als wäre das utopisch.

Was bedeutet dieser Kampf um die Gipskarstlandschaft für Sie persönlich?

Ich spüre da eine extreme Betroffenheit. Diese Landschaft ist weltweit einmalig und solange ich dabei bin, wird sie jeden Tag ein Stück kleiner. Sie geht für alle nachfolgenden Generationen verloren. Im Harz sterben großflächig die Fichten ab, überall gibt es Initiativen, die Wälder wieder aufzuforsten, auch in Osterode und Bad Sachsa. Aber im Südharz werden intakte Laubwälder für den Gipsabbau zerstört. Das ist so widersinnig. Und ich glaube, vielen Menschen im Altkreis Osterode ist gar nicht klar, was alles schon genehmigt und zum Abbau freigegeben ist. Die Firma Rump und Salzmann zum Beispiel hat bereits weitere 50 Hektar genehmigte Abbaufelder auf dem Gelände des ehemaligen Standortübungsplatzes bei Osterode, direkt anschließend an den aktuellen großen Bruch. Das wird ein riesiger Steinbruch, dreimal größer als jetzt schon. So eine große Abbaufelder hat hier noch keiner gesehen. Die werden die ganze Bergkuppe wegnehmen. Auf der anderen Seite von Uhrde im Nordwesten, wird der Steinbruch vom Hannersberg herab über die Hopfenkuhle auch noch verdoppelt. Er rückt bis auf 400 Meter ans Dorf heran. Nicht nur das attraktive Dorf Uhrde wird darunter massiv leiden, fürchte ich.

„Es ist wirklich krass, wie die Vorgaben zum Naturschutz da beiseite gewischt wurden“

BUND-Expertin Ursula Schäfer schildert, wie in den 1990er Jahren wertvolle Naturflächen im Gipskarst zum Rohstoffabbau freigegeben wurden.

Sie haben damals in den 1990er Jahren als Naturschützerin die Ausweisung der sogenannten FFH-Gebiete im Landkreis Osterode begleitet. Dabei geht es um eine Naturschutzrichtlinie der Europäischen Union zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen. Die Gipssteinbrüche hier im Altkreis Osterode liegen mitten in FFH-Naturschutzgebieten, das wirkt seltsam: Es sieht aus, als wären in die Schutzgebiete Löcher zum Gipsabbau geschritten worden. Wie kam das?

Herausgeschnitten trifft es genau! Es wurden Flächen, die als Schutzgebiete gemäß der FFH-Richtlinie infrage kamen, auf Wunsch der Industrie wieder herausgenommen, um dort Gipsabbau zuzulassen. Das FFH-Gebiet 133 bei Osterode ist richtig durchlöchert von Gipsabbauflächen, am Lichtenstein und am Blossenberg ist das besonders traurig. In einem Dokument der Bezirksregierung Braunschweig von damals heißt es dazu, dass diese Gebiete angeblich, ich zitiere, „eine geringer einzuschätzende Wertigkeit“ haben und „ihre Herausnahme naturschutzfachlich noch vertretbar“ ist. Das ist lächerlich – diese Flächen liegen mitten in einem Naturschutzgebiet! Die geologischen und biologischen Kartierungen zeigen, dass dort hochgradig schutzwürdige Lebensräume im Sinne der FFH-Richtlinie lagen.

Einige dieser Fläche, um die die Naturschützer in den 1990er Jahren gekämpft haben, liegen auf dem ehemaligen Standortübungsplatz.

Ja, das Gebiet Blossenberg Ost zum Beispiel. Das ist eines der wertvollsten Gebiete dort, mit Erdfällen und kleinen Tälchen, ein extrem bewegtes Relief. Durch die Nutzung als militärischer Übungsplatz war die Fläche jahrzehntelang nicht gedüngt und nur mit Wanderschäferi und Mahd extensiv gepflegt. Es ist ein sehr artenreiches Grünland, sehr bunt. Es ist ein Dorado für Insekten und Vögel. Auch der streng geschützte Kammmolch lebt dort. In weiter östlich gelegenen FFH-Flächen im Karst brütet sogar der Schwarzstorch, er reagiert extrem empfindlich auf Störungen.

In Ostdeutschland wurden viele ehemalige Truppenübungsplätze unter Naturschutz gestellt. Warum ist das in Osterode nicht geschehen?

Es gab damals drei Punkte, die dazu geführt haben, dass dort kein Naturschutzgebiet für den ganzen Standortübungsplatz kam. Erstens: Als der Truppenübungsplatz aufgegeben wurde, konnten die ehemaligen Besitzer diese Flächen zurückerwerben. Das haben einige Besitzer getan. Die restlichen Flächen, die nicht an private Vorbesitzer zurückgingen, waren dann in Diskussion für eine unentgeltliche Rückgabe als „Nationale Naturerbe Flächen“ an große Naturschutzverbände oder Stiftungen, die sich um wertvolle Natur- und Kulturlandschaften kümmern. Der Nabu hatte sich hier um die Flächen am Standortübungsplatz bemüht. Es kam jedoch anders: Große Flächen wurden statt einer Übertragung auf Naturschutzstiftungen an die Firma Knauf verkauft. Nur 50 Hektar konnten noch von der Nabu-Stiftung für Schutzzwecke erworben werden – mehr nicht. Und drittens wurden die Kreuzstiege und der Blossenberg Ost bei der FFH-Gebietsausweisung ausgegrenzt.

Also herausgeschnitten?

Beide sollten damals zusammen mit den anderen Kernflächen des Standortübungsplatzes als FFH-Gebiet nach Brüssel gemeldet werden. Es lagen alle Daten dafür vor, das Landesamt für Ökologie hat die fachlich begründeten Vorschläge mit eingebracht. Die Behörden wussten ganz genau, was für ein wertvoller Lebensraum das ist. Die Gipsindustrie hatte aber auf öffentlichen Runden Interesse am Rohstoffabbau bekundet. Deshalb sind Kreuzstiege und der Blossenberg Ost nachträglich wieder von der Vorschlagsliste für europäischen Schutz genommen worden. Die EU-Vorschriften sagen, die Gebiete müssen nach rein naturschutzfachlichen Kriterien bewertet werden, wirtschaftliche Interessen hätten erst nachträglich geltend gemacht werden dürfen und die Hürden für den Abbau wären dann viel höher gewesen. Aber beim Blossenberg Ost ist es genau andersherum gelaufen, die Fläche wurde wegen bloßer Interessensbekundung am Gipsabbau gleich aus dem Schutzbereich gestrichen, obwohl kein genehmigter Abbau vorlag. Das hat damals definitiv gegen EU-Recht verstoßen. Wir haben uns bei den zuständigen Behörden beschwert, aber ohne Erfolg. 1999 hieß es dann von Seiten der Bezirksregierung, das Gelände wäre gar nicht so wertvoll. Und deshalb wird der Blossenberg Ost verschwinden. Die Kammmolche werden ihres Sommerlebensraumes beraubt und wohl mit verschwinden. Und das ist auch nicht der einzige derartige Fall im Raum Osterode.

Wo denn noch?

Am Lichtenstein zum Beispiel, die Forstabteilung 8, da wird bereits abgebaut. Der Abbau war damals aber, als die FFH-Gebiete ausgewiesen wurden, auch noch nicht genehmigt. Die Fläche ist aber trotzdem wieder aus dem Vorschlagsgebiet rausgenommen worden. Dort steht ein Hangwald auf Gips, tolle alte Buchen, ganz tiefe Erdfälle. Das ist wirklich krass, wie die Vorgaben zum Naturschutz da beiseite ge-

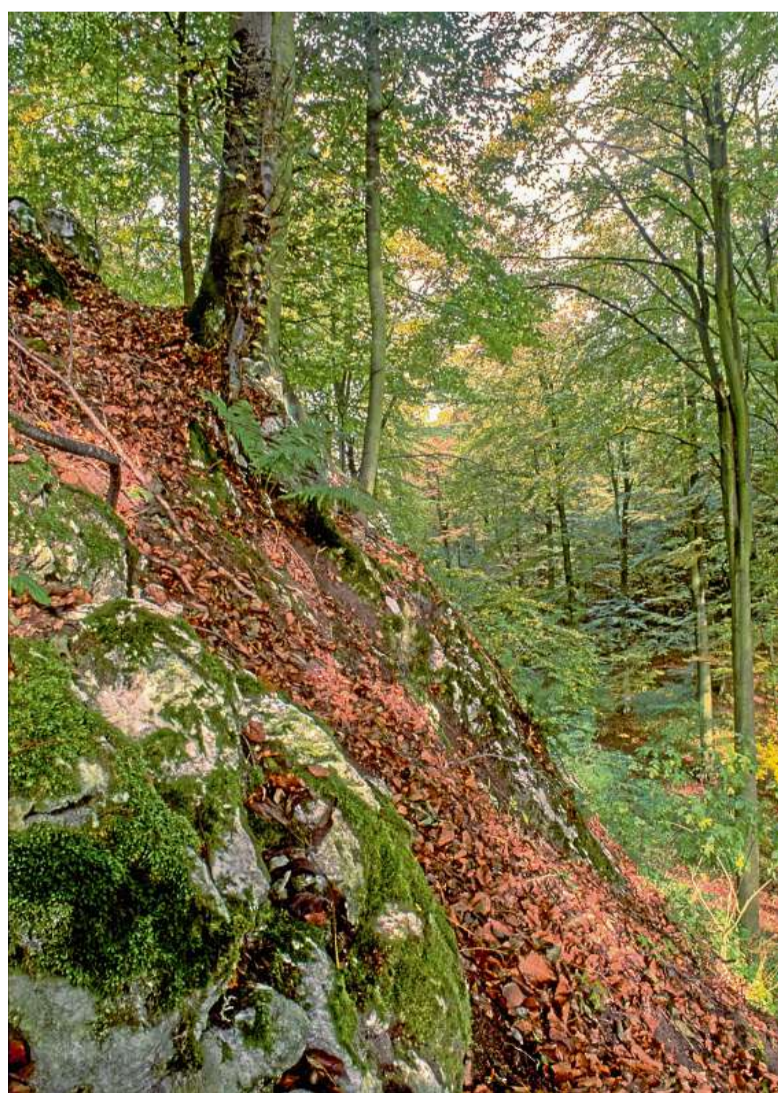


Foto aus dem Schluchtwald am Lichtenstein um 1994/95. Die hohe Luftfeuchtigkeit im Schluchtwald lässt Farne gut wachsen. FOTO: STEPHAN ROEHL

wischt wurden. Und bei Walkenried ist mit dem Röseberg Ost genau das gleiche passiert. Der östliche Teil dieses wunderschönen Buchenwaldes war auch ein FFH-Vorschlagsgebiet und ist wieder rausgenommen worden. Es gab damals deswegen sogar ein Zielabweichungsverfahren, weil das Gebiet erst aus der Kategorie „Vorranggebiet für Natur und Landschaft“ entlassen werden musste (siehe Artikel rechts). Am Röseberg Ost kam der sehr seltene „Schluchtwald“ vor, ein „prioritärer Lebensraum“ nach der FFH-Richtlinie der EU, also ein besonders zu schützender Lebensraum, der immer nach Brüssel zu melden war. Das Vorkommen des Schluchtwaldes war bekannt. Es wurde aber ein zweiter Gutachter reingeschickt und der hat den Schluchtwald „wegkartiert“, also gutachterlich behauptet, der Wald wäre gar kein Schluchtwald. Das sind ziemlich krasse Methoden gewesen. Die Fläche wurde rausgenommen und befindet sich im Abbau. Das Hainholz ist das einzige Gebiet in Niedersachsen, wo der Kampf der Naturschützer ein Waldgebiet auf Gips vollständig erhalten konnte.

Wenn bei großen Bauprojekten, Autobahnen zum Beispiel, streng geschützte Arten wie Kammmolche auftauchen, dann stehen die Bagger still, dann ist Baustopp. Gibt es nicht irgendeine Instanz, die den Abbau auf diesen wertvollen Gebieten, die Sie beschrieben haben, noch stoppen könnte?

Das glaube ich nicht. Genehmigte Flächen sind kaum für Schutz zurück zu gewinnen. Höchstens die EU könnte das vielleicht noch ändern, aber ich habe da wenig Hoffnung. Wenn aber alle Zuständigen, Firmen und Politik, die Umstellung auf Gipsersatzstoffe vorantreiben, preislich fördern und der Naturgipsabbau mit einer Umweltsteuer belegt wird, dann könnten zumindest irgendwann die Vorrangflächen für Gipsabbau entfallen – oder die Firmen geben freiwillig sehr wertvolle Flächen zurück und werden beim Umbau auf Alternativen unterstützt. mb



Grüner Gipskarst im Südharz. FOTO: BUND NORDHAUSEN / HK

„Europaweit einmalige Biotope wurden der Rendite geopfert“

Der ehemalige Kreistagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wegener berichtet über politische Entscheidungen zum Gipsabbau im Altlandkreis Osterode bis 2001.

Osterode. Der ehemalige Abgeordnete der Freien Wähler Gemeinschaft im Osteroder Kreistag, Dr. Wolfgang Wegener, gibt auf seiner Internetseite einen Überblick über die politischen Vorgänge um den Gipsabbau im Altlandkreis in der Zeit zwischen 1993 und 2001, wie er sie damals miterlebt hat. In diesem Zeitraum fiel unter anderem die Entscheidung über den Abbau am Röseberg Ost bei Walkenried, „ein schlimmer Verlust“, wie Wegener im Gespräch mit unserer Zeitung sagt. Der Kreistag habe damals, gebunden durch das Landesraumordnungsprogramm wenig mitzuentcheiden gehabt, „aber hier hätte der Landkreis ablehnen können.“

Im Mai 2000 wurde ein sogenanntes Zielabweichungsverfahren bezüglich des Gebiets Röseberg Ost im Osteroder Kreistag durchgeführt: Die Kreisverwaltung hatte vorgeschlagen, von den Zielen des Anfang Februar 1999 im Kreistag beschlossenen Raumordnungsprogrammes (RROP) abzuweichen. Das Gebiet Röseberg Ost war nämlich einstimmig für den Naturschutz gesichert worden. Nur 15 Monate später stand diese Entscheidung schon wieder zur Disposition: Ein gipsabbauendes Unternehmen habe vergessen, rechtzeitig seine Interessen anzumelden, und es „müsse dem Unternehmen erlaubt sein, einen Fehler zu korrigieren“, zitiert Wegener den damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD im Kreistag. Wegener stellte dazu fest: „Die einzige neue Information, die es seitdem gab, dass nämlich ein Unternehmen dort Gips abbauen wollte, war für den raumordnerischen Abwägungsprozess unerheblich.“

Bei dem Gebiet Röseberg Ost handelte es sich nach Wegeners Auffassung „um eine der schönsten Flächen im Landkreis“, wie er in einer Rede im Kreistag feststellte. Er führte weiter aus, dass das Landesamt für Ökologie, die zuständige Fachbehörde, vorgeschlagen hatte, diese Fläche als FFH-Gebiet an Brüssel zu melden und der Beauftragte des Landkreises für Naturschutz den Abbau dort als einen „nicht ausgleichbaren“ Eingriff bezeichnete, denn die Fläche sei von einer „nicht zu überbietenden Artenvielfalt“. Wegener sagte im Kreistag: „Trotz dieser Fachaussagen, trotz des Vorschlags insbesondere der eigenen Fachbehörde, be-

schloss das niedersächsische Landeskabinett im November 1999, diese Fläche nicht als FFH-Gebiet nach Brüssel zu melden. Ich wundere mich, dass diese schöne Fläche nach Auffassung des Landeskabinetts kein FFH-Gebiet sein soll, während gleichzeitig die borkenkäfergeschädigten Wälder im Nationalpark z.B. am Sonnenberg als FFH-Gebiete gemeldet werden.“ Es sei seiner Auffassung nach durchaus möglich, so Wegener weiter, auch in FFH-Gebieten wirtschaftliche Nutzungen zuzulassen, „aber der richtige Weg ist folgender: Erst wird geprüft, ob ein Gebiet ein FFH-Gebiet ist, falls ja, wird es als FFH-Gebiet nach Brüssel gemeldet, und dann wird über eine Nutzung entschieden. Ein Gebiet erst gar nicht als FFH-Gebiet zu melden, um die entsprechende Umweltverträglichkeitsprüfung zu vermeiden – so wie es hier den Anschein hat – das ist der falsche Weg.“ Wegener erklärte, dass er den Beschlussvorschlag ablehne und gab mahnend zu bedenken, das bei dem Zielabweichungsverfahren Naturschutzverbände und ähnliche Interessenvertretungen nicht einbezogen werden. „Dieses Verfahren wird in keiner Weise diesen Flächen gerecht“, kritisierte er.

Wegener hatte sich bereits 1999 in einer Rede im Kreistag kritisch hinsichtlich des Regionalen Raumordnungsprogramms geäußert. Er wies auf die „erheblichen Auswirkungen der Raumordnung insbesondere auf die Gipskarstlandschaft bei Osterode“ hin: Fehlentscheidungen könnten „zum unumkehrbaren Verlust wertvollster Landschaftsbestandteile führen, lassen sich nicht wieder reparieren.“ Er nannte als Beispiele das Hainholz, den Blossenberg und den Lichtenstein, wobei die beiden letztgenannten „unmittelbar vor ihrer Vernichtung“ stünden, weil diese oberflächennahen Gipslagerstätten – mit Ausnahme des Hainholzkomplexes – im Abbau begriffen und genehmigt seien. Mit vernehmbarer Bitterkeit stellte der Abgeordnete fest: „Die Geschichte des Konfliktes Gipsabbau gegen Natur und Landschaft ist die Geschichte des Unvermögens staatlicher Stellen, durch entschlossene und vorausschauende Anwendung der Gesetze diesen Reichtum unseren Nachkommen zu bewahren.“ Wegener fand deutli-

che Worte in seiner Bewertung der Vorgänge: „Entschlossen bis hin zu illegalen Handlungen und weit vorausschauend handelte die Gipsindustrie, die staatliche Seite dagegen fiel eher durch Nachgiebigkeit und Fehlleistungen – auch skurriler Art – auf. Das betrifft insbesondere die Vorgänge, die zum sog. Gipskompromiss von 1988 führten.“

Weiter berichtet er, 1967 habe der Regierungspräsident von Hildesheim die einstweilige Sicherstellung des Hainholzes aufgehoben, um es erst sechs Wochen später unter Schutz zu stellen. „Dadurch erhielt ein Unternehmen Gelegenheit, dort einen Gipsabbau ins Werk zu setzen, was später die Rechtsposition des Landes in dem entsprechenden Gerichtsverfahren wohl entscheidend schwächte.“ 1981 kam es zu dem sogenannten Aschenhütte-Vergleich, bei dem laut Wegener „für Geldzahlungen bis zu 6 Mio. DM“ an das Unternehmen „die einvernehmliche Unterschätzung des Hainholzes“ vereinbart wurde. „Die Firma stellte ihren mittelfristigen Rückzug aus dem Landkreis Osterode in Aussicht, da das Land ihre große Muschelkalkgipsvorkommen bei Bodenwerder nachgewiesen hatte und zusagte, bei der entsprechenden Produktionsumstellung zu helfen“, berichtet er. „Allen Beteiligten war klar, dass weitere Abbaugenehmigungen im Vorharzgebiet für naturhafte Flächen grundsätzlich nicht mehr in Betracht kommen“, zitiert Wegener Aussagen der Landesregierung aus dem folgenden Jahr: Hainholz und Lichtenstein seien in ihrer Gesamtheit, auch in Randbereichen gerettet. Zu diesem Vertrag stellte die Landesregierung 1982 ebenfalls ausdrücklich fest: „Das Hainholz ist für den Naturschutz gesichert. Auch der Lichtenstein steht seit Jahren unter Naturschutz. Dieser Bereich muss, ebenso wie das Hainholz, in seiner Gesamtheit erhalten werden. Ein Gipsabbau kann auch in Randbereichen nicht zugelassen werden“. Es kam bekanntlich anders. Wegener übt scharfe Kritik an diesem politischen Vorgang: „Vieles spricht dafür, dass die europaweit einmaligen Biotope z.B. am Lichtenstein nicht etwa der Rohstoffversorgung der Bevölkerung oder dem Erhalt von Arbeitsplätzen geopfert werden sollten, sondern ausschließlich der Rendite dieses Unternehmens.“ mb